

STADT AHRENSBURG - STV-Beschlussvorlage -		Vorlagen-Nummer 2005/ 129.1
öffentlich		
Datum 04.01.2006	Aktenzeichen FD I.1 ha/rr	Federführend: Frau Haase

Betreff

Finanz- und Investitionsprogramm 2005 - 2009

Beratungsfolge Gremium	Datum	TOP	Berichterstatter
Hauptausschuss	09.01.2006		Herr Koch
Stadtverordnetenversammlung	16.01.2006		
Finanzielle Auswirkungen :	X	JA	NEIN
Mittel stehen zur Verfügung :		JA	NEIN
Haushaltsstelle :			
Gesamtausgaben :			
Folgekosten :			
Bemerkung: Die Angaben beziehen sich auf den 1. Entwurf der Finanz- und Investitionsplanung vom 16.09.2005 i. V. m. der anliegenden Änderungsliste			

Beschlussvorschlag:

Die Finanzplanung für die Jahre 2005 bis 2009 wird zur Kenntnis genommen.

Das Investitionsprogramm für die Jahre 2005 bis 2009 mit einem Volumen von 48.630.200 € wird gemäß § 83 Abs. 3 Gemeindeordnung beschlossen.

Sachverhalt:

Nach § 83 Gemeindeordnung hat die Stadt ihrer Haushaltswirtschaft eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde zu legen. Das erste Planungsjahr ist das Haushaltsjahr, in dem üblicherweise die Aufstellung bzw. Fortschreibung der Finanzplanung erfolgt. Die Ansätze des zweiten Planungsjahres sind identisch mit den Veranschlagungen des Haushaltsjahres 2006. Die Haushaltsjahre 2007 bis 2008 werden überplant, das Haushaltsjahr 2009 ist erstmalig mit einbezogen.

Im Finanzplan sind Umfang und Zusammensetzung der voraussichtlichen Ausgaben und die Deckungsmöglichkeiten darzustellen. Der Finanzplan ist der Stadtverordnetenversammlung spätestens mit dem Entwurf der Haushaltssatzung **vorzulegen**. Das Investitionsprogramm dagegen ist nach der oben genannten Vorschrift von der Stadtverordnetenversammlung zu **beschließen**.

Die Finanzplanung 2005 bis 2009 schließt mit einem Ausgabevolumen von 287.205.200 € ab. Davon entfallen auf den Verwaltungshaushalt 238.575.000 € und auf den Vermögenshaushalt 48.630.200 €.

Die Anteile des Verwaltungshaushaltes und des Vermögenshaushaltes im Finanzplanungszeitraum verteilen sich auf die Jahre wie folgt:

Jahr	Verwaltungshaushalt	Überschuss nach § 21 GemHVO	Vermögenshaushalt
2005	46.031.500 €	1.035.300 €	15.415.800 €
2006	48.696.700 €	524.900 €	8.840.500 €
2007	47.333.600 €	1.750.000 €	8.214.400 €
2008	48.003.200 €	1.749.500 €	8.394.000 €
2009	48.510.000 €	1.795.800 €	7.765.500 €
Summe	238.575.000 €	6.855.500 €	48.630.200 €

Im Rahmen des Vermögenshaushaltes sind im Planungszeitraum folgenden Ausgaben zu finanzieren:

1.	Zuführung an Rücklagen	160.000 €	0,33 %
2.	Darlehen und Zuweisungen an Dritte	878.000 €	1,81 %
3.	Erwerb von Beteiligungen und Kapitalanlagen	361.200 €	0,74 %
4.	Erwerb von Grundstücken (davon 2005: 5.585.000 €)	6.210.000 €	12,77 %
5.	Erwerb von beweglichem Vermögen	3.469.700 €	7,13 %
6.	Baumaßnahmen	35.376.100 €	72,75 %
7.	Tilgung von Krediten	2.135.900 €	4,39 %
8.	Deckungsreserve	39.300 €	0,08 %
S u m m e		<u>48.630.200 €</u>	<u>100,00 %</u>

Der mit Abstand größte Ausgabenanteil entfällt mit rd. 73 % unverändert auf die Bauinvestitionen. Von diesen entfällt wiederum – die Bauinvestitionen als 100 % betrachtend – ein Anteil von 32,4 % (11,5 Mio. €) auf Einzelplan 2 (Schulen) und ein weiterer Anteil von 39,9 % (14,13 Mio. €) auf den Bereich Straßen (Abschnitte 63 bis 66). Einzelheiten über die verschiedenen Bauprojekte sind dem Investitionsprogramm vom 16.09.2005 in Verbindung mit der anliegenden Änderungsliste vom 29.12.2005 zu entnehmen.

Zur Finanzierung dieser investiven Ausgaben stehen voraussichtlich folgende Mittel zur Verfügung:

1.	Zuführung vom Verwaltungshaushalt	6.855.500 €	14,10 %
2.	Entnahmen aus Rücklagen	2.757.000 €	5,67 %
*3.	Rückflüsse von Darlehen und Einnahmen aus der Veräußerung von Sachen des Anlagevermögens	13.765.900 €	28,31 %
*4.	Beiträge und ähnliche Entgelte	2.468.500 €	5,08 %
*5.	Zuweisungen und Zuschüsse	9.567.600 €	19,67 %
6.	Kreditaufnahmen	13.215.700 €	27,18 %
S u m m e		<u>48.630.200 €</u>	<u>100,00 %</u>

Anmerkung:

* Bezogen auf 2005/06 sind i. H. v. 361.000 € Doppelveranschlagungen zu verzeichnen. In diesem Umfang konnten 2005 geplante Einnahmen nicht realisiert werden. Aus rechtlichen Gründen dürfen aber im Rahmen des Jahresabschlusses 2005 keine Haushaltseinnahmereste gebildet werden. Die Einnahmen sind daher neu zu veranschlagen.

Die Einnahmeübersicht macht deutlich, dass sich die Stadt die vorgesehenen vermögenswirksamen Ausgaben von zusammen 48.630.200 €, davon 33.214.400 € in den Jahren 2006 – 2009, nur noch i. H. v. 73 % aus eigenen Mitteln leisten kann

Die höchsten investiven Ausgaben entfallen mit 15.415.800 € auf das ablaufende Haushaltsjahr 2005. Die Ausgaben 2006 liegen mit 8.840.500 € rd. 6,6 Mio. € (rd. 43 %) darunter. Ein ähnliches Verhältnis gilt auch für die Folgejahre. Ab 2005 ist der Ausgleich der Vermögenshaushalte nur durch die Aufnahme neuer Kredite möglich. Daneben tragen zur Finanzierung der die Pflichtzuführung um rd. 4,72 Mio. € übersteigende Zuführungsbetrag des Verwaltungshaushalts, die Entnahme aus der Rücklage (ausschließlich 2005, danach kein weiterer Bestand) sowie Grundstückserlöse und Zuweisungen in hohem Maße bei.

In den Jahren 2006 – 2009 sind einige Infrastrukturprojekte geplant, deren Kostenanteile ausschließlich oder im Wesentlichen allein durch die Stadt zu tragen sind. Insbesondere sind dies folgende Großprojekte:

Bezeichnung	Planungs- jahr(e)	Kosten €	entlastet €	Eigenanteil €
1. Neubau Altentagesstätte	2007 – 2009	2.050.000	700.000 (2009 ggf. Erlös durch Veräuße- rung)	1.350.000
2. Erstellung von zwei Kunst- rasenplätzen (inkl. leicht- athletischer Anlagen für SSC Hagen)	2006	942.700	0	942.700
3. Realisierungskonzept Schlosspark/ Kernfläche	2007 – 2009	1.900.000	670.000 (durch Dritte**)	1.230.000
4. Ausbau "Große Straße" von Woldenhorn bis Rondeel	2006/ 2007	1.200.000	0	1.200.000
5. Baukosten für Entlastungs- straße Nord-Ost	2007 – 2009	5.790.000	2.340.000	3.450.000*

*) Ausweislich Vorlage 2005/103 sind in den Kosten von 5,79 Mio. € Mehrkosten von 1,9 Mio. € für eine so genannte "Troglösung" (Tunnel) enthalten. Diese Mehrkosten werden voraussichtlich nicht nach Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) gefördert. Dadurch erhöht sich der Eigenanteil.

***) Annahme der Bauverwaltung

Der Haushaltsausgleich des Investitionshaushalts 2006 ist in Höhe von 3,7 Mio. € (40,9 %) durch Grundstückserlöse und in Höhe von 1,0 Mio. € (11,2 %) durch Zuweisungen geprägt. Hierbei sind insbes. Grundstückserlöse im Bereich Klaus-Groth-Straße wie auch Verkäufe im B-Plangebiet 82 etc. eingeplant. Die Entwicklung wird hinsichtlich der Einnahmen also 2006 permanent zu beobachten sein. Daneben wird die Aufnahme eines Kommunalkredites in Höhe von rd. 2,3 Mio. € (rd. 15 %) erforderlich.

Der Jahresabschluss 2005 wird Gewerbesteuereinnahmen auf hohem Niveau ausweisen. Sie überschreiten den Planansatz um rd. 2,8 Mio. €. Dadurch war 2005 aber auch eine um rd. 660.000 € höhere Gewerbesteuerumlage zu zahlen als veranschlagt. Die Grundstückserlöse (Plan 2005: 2,5 Mio. €) wurden 2005 nur in Höhe von rd. 1,5 Mio. € erreicht.

Der Ausgleich 2005 wird trotz der hohen Gewerbesteuereinnahmen voraussichtlich die Allgemeine Rücklage mit einem Bestand von 2,757 Mio. € (Stand 31.12.2004) aufzehren. Die im Haushalt 2005 dargestellte Neuverschuldung könnte evtl. vermieden werden. Verbindlich kann dies jedoch erst nach Ermittlung der Haushaltsreste insbesondere im Vermögenshaushalt bilanziert werden.

Positiv wirkt sich für die Kommunen seit 2005 die Entlastung durch „Hartz IV“ aus, da das in der Sozialhilfe bisher greifende quotale System aufgegeben wurde. Hierdurch werden – ausgehend von der Abrechnung 2004 – rd. 1,48 Mio. € eingespart; ferner werden rd. 180 T€ Personalausgaben für zur Arbeitsgemeinschaft abgeordnete Beschäftigte erstattet. Zur Kompensation der beim Kreis zusätzlich entstehenden Belastungen wurde aber eine Gegenfinanzierung durch die Beteiligung an den Unterkunftskosten inkl. Heizung/ Kosten der Grundsicherung nach SGB II eingeführt. Der Haushaltsentwurf 2006 sieht hierfür unverändert Ausgaben von 0,5 Mio. € vor. Der Bund trägt bisher 29,1 % der Unterkunftskosten. Es wird auf Bundesebene überlegt, diesen Anteil abzusenken. In diesem Zuge könnte die Belastung der Kommunen wohl zunehmen.

Ferner hat der Kreis aufgrund seines Haushaltsdefizits die Kreisumlage rückwirkend zum 01.01.2005 um 2,5 % auf 36,5 % angehoben. Für 2006 bedeutet dies eine zusätzliche Belastung von 0,7 Mio. €. Von der o. g. Einsparung von 1,66 Mio. € wurden somit rd. 1,20 Mio. € bereits wieder „kassiert“, so dass nur eine Entlastung von rd. 0,46 Mio. € verbleibt.

Unverändert positiv wirkt die Ende 2003 durchgesetzte Senkung der Gewerbesteuerumlage. Diese sank von 118 % in 2003 auf 82 % in 2004, 2005 auf 81 % und wird ab 2006 auf 74 % weiter absinken. Eine darüber hinausgehende Absenkung für die Folgejahre ist nicht vorgesehen. Für 2006 sind 3,81 Mio. € bei angenommenen Gewerbesteuereinnahmen von 18 Mio. €, für die Folgejahre je 3,60 Mio. € bei jeweils angenommenen Gewerbesteuereinnahmen von 17,0 Mio. € veranschlagt. Die Gewerbesteuereinnahmen 2005 bis 2009 liegen damit bei 85,5 Mio. €.

Für den Anteil an der Einkommensteuer erlaubt der Haushaltserlass 2006 eine Veranschlagung von 10,36 Mio. € (Plan 2005: 9,84 Mio. €). Damit steigt diese Einnahme erstmals wieder über 10 Mio. €, Die Fortschreibung der Einkommensteueranteile wurde wie folgt entsprechend Haushaltserlass prognostiziert:

2007:	10.770.000 €
2008:	11.400.000 €
<u>2008:</u>	<u>11.850.000 €</u>
Summe:	54.217.000 €

2006 beträgt der Zuführungsbetrag an den Vermögenshaushalt nur 524.900 €. Ab 2007 steigt er von 1,75 Mio. € bis 1,79 Mio. € in 2009 an. Er liegt permanent über der Pflichtzuführung in Höhe der Tilgungsausgaben, die allerdings infolge der Neuverschuldung ab 2005 ff. anteilig ab 2006 ff. steigen. Hierauf wird im Folgenden noch näher eingegangen.

Die mit Abstand größten Bauprojekte im Planungszeitraum 2006 – 2009 sind:

— Fassaden- und Dachsanierung an städtischen Schulen/ Schulsporthallen	1.434.000 €
— Sanierung der Treppenhäuser der Grundschule Am Schloss und der Stormarnschule / Brandschutz (2006 – 2008)	630.000 €
— Schulhofsanierung der Grundschule Am Hagen (2006)	200.000 €
— Schulhofsanierung des Schulzentrums Am Heimgarten und der IGS (2007 bzw. 2009)	365.000 €
— Errichtung eines Foyers/Pausenhalle für die Stormarnschule (2009)	670.000 €
— Neubau einer Sporthalle für die IGS und Gebäudeabbruch der bisherigen (2006 – 2009)	3.546.000 €
— Erweiterung und Umbau der IGS für den Betrieb als offene Ganztagschule (2005/ 2006)	2.000.000 €
— Sanierung der Reithalle (2005/ 2006)	1.100.000 €
— Neubau des Peter-Rantzau-Hauses (2007 – 2009)	2.050.000 €
— Erstellung von Kunstrasenplätzen (2006)	942.700 €
— Realisierungskonzept 1. BA (Kernfläche Schlosspark; 2007 – 2009)	1.900.000 €
— Realisierungskonzept 2. BA (Marstall – 2006)	315.000 €
— Bau- und Planungskosten nördliche Verlängerung Kornkamp (2007 – 2009)	6.050.000 €
— Ausbau Große Straße (2006/ 2007)	1.200.000 €
— Ausbau Hamburger Straße – Rondeel bis AOK – (2009)	335.000 €
— Erneuerung Heidekamp (2009)	380.000 €
— Erneuerung Spechtweg (2009)	400.000 €
— Erneuerung Stormarnstraße (2007/ 2008)	600.000 €
— Abführung von Beiträgen an SBA für Beimoor-Süd (2006/ 2007)	953.000 €

Der Schuldenstand steigt infolge der Neuverschuldung 2005 von 8,611 Mio. € Ende 2005 auf 12,930 Mio. €. Die Verschuldung pro Einwohner würde Ende 2005 bei 428 € pro Einwohner liegen. Es ist aber davon auszugehen, dass der Kreditbedarf 2005 i. H. v. 4.854.300 € in dieser Höhe nicht benötigt wird. Ein Anteil von 3,6 Mio. € kann durch den Abschluss einer städtebaulichen Rahmenvereinbarung mit der DGAG/LEG zum Bereich "Erlenhof" vermieden werden. Ob der Differenzbedarf von rd. 1,25 Mio. € benötigt wird, entscheidet sich im Rahmen des Jahresabschlusses 2005 insbesondere durch die Höhe zu bildender Haushaltsausgabereste.

Der Schuldenstand wird sich – ohne Berücksichtigung des städtischen Eigenbetriebes (Stadtentwässerung und Bauhof) – wie folgt entwickeln:

Schuldenstand Ende 2005	12.930 T €
Neuverschuldung 2006	2.332 T €
Tilgung 2006	352 T €
Schuldenstand Ende 2006*)	14.910 T €
Neuverschuldung 2007	2.122 T €
Tilgung 2007	402 T €
Schuldenstand Ende 2007	16.630 T €
Neuverschuldung 2008	952 T €
Tilgung 2008	412 T €

Schuldenstand Ende 2008	17.170 T €
Neuverschuldung 2009	2.956 T €
Tilgung 2009	437 T €
Schuldenstand Ende 2009*)	20.563 T €

*) Ohne den für 2005 geplanten kreditfinanzierten Grundstücksankauf würden die Alt-schulden Ende 2006 "nur noch" 9.330 T €, Ende 2009 16.963 T € (562 €/ Einwohner) betragen, sonst 682 €/pro Einwohner (bei 20.563 T €).

Pepper
Bürgermeisterin

Anlagen
Änderungsliste